

Ausschuss für Arbeit und Soziales am 18.04.2018 zu Top 5

Mündlicher Vortrag vom Regionsgeschäftsführer beim DGB Emscher-Lippe Mark Rosendahl und Hauptgeschäftsführer der Düsseldorfer Arbeitgeberverbände Michael Grütering

Dazu meine Rede:

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

also ich muss gestehen, ich bin jetzt ein wenig fassungslos über Ihre Ausführungen. Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt stellen Sie hier als geradezu rosenrot und himmelblau dar. Das entspricht nicht dem, was uns regelmäßig zugetragen wird.

Sie sprechen davon, dass angeblich auf dem deutschen Arbeitsmarkt die Sozialpartnerschaft zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften funktioniert. Im Großen und Ganzen sei alles in Ordnung. Und das Modell der Mitbestimmung funktioniere. Und Herr Rosendahl fühlt sich bemüßigt klarzustellen, dass man sich darüber einig sei, dass auch Reformen nötig seien, da gerade ausländische Investoren das deutsche Mitbestimmungsmodell nicht als Standortvorteil sähen.

Ja, das glaube ich Ihnen auf's Wort, dass die Kapitaleseite das nicht als Standortvorteil sieht, umso mehr müsste jedoch auf Seiten der Gewerkschaften klar sein, dass man an diesem Instrument mit Zähnen und Klauen festhalten muss, anstatt es durch „Reformen“ aufzuweichen. Das sind hart erkämpfte Arbeitnehmerrechte, die man nicht einfach so zur Disposition stellt. Das ist ja wohl nicht Ihr heiliger Ernst. Der Sozialstaat muss massiv verteidigt werden, gerade auch, weil er mehr und mehr in Europa unter Druck kommt. In den europäischen Verträgen steht nämlich nichts von **sozialer** Marktwirtschaft. Da ist es wohl nicht die Aufgabe der Gewerkschaften neoliberalen Unsinn nachzubeten, der seit einigen Jahrzehnten aus Amerika zu uns herüberschwappt, von solchen Unsäglichkeiten wie TTIP, TiSA, Ceta ganz zu schweigen. Diesen abstrusen neoliberalen Ideologien sollten sich Gewerkschaften nicht unterwerfen, sie sollten sie bekämpfen. Es ist Ihre Aufgabe, Arbeitnehmerrechte zu verteidigen und nicht den Arbeitgebern nach dem Mund zu reden. Sorry, aber da würde ich mir zuweilen schon einmal wieder mehr **linke** Positionen wünschen, anstatt sich in der vor sich hin wabernden Mitte zu tummeln, was immer das sein mag. Da haben Sie wohl ein bisschen zu viel von der Milch, der nicht ganz so frommen Denkungsart geschlürft!

Ich hatte ja bereits beim letzten Neujahrsempfang des DGB das außerordentliche Missvergnügen den Einlassungen von Herrn Rainer Hoffmann zu lauschen, der mir einen Marktradikalen wie Emmanuel Macron als neue europäische Lichtgestalt angepriesen hat, mit dem man enger zusammenarbeiten solle.

Dieser seltsame Herr Macron ist gerade dabei in Frankreich die eigenen Gewerkschaften zu schleifen, was dort eine Demonstration nach der nächsten zeitigt und auch der Sozialstaat, die Höhe der Renten und Löhne sind diesem sauberen Herrn ein Dorn im Auge. Ich denke nicht, dass man sich an solchen Leuten orientieren sollte. Ich würde mir wünschen, dass das auch bei den deutschen Gewerkschaften zur Kenntnis genommen wird.

Sie haben erwähnt, dass Sie in Konkurrenz stehen zu anderen, beispielsweise auch zu japanischen Gesellschaften, aber das kann ja wohl nicht heißen, dass man sich solche Staaten wie Japan oder Amerika zum Vorbild nimmt. Es sollte umgekehrt sein!

Es wäre die Aufgabe der Gewerkschaften, das deutsche Mitbestimmungsmodell zu verteidigen und massiv auszubauen und dafür zu sorgen, dass es auch im Rest Europas und in Amerika zur Anwendung kommt. Stattdessen werden immer häufiger Arbeitnehmerrechte gerade auch durch die durchexerzierte Kürzungspolitik innerhalb der EU ausgehebelt und Tarifverträge außer Kraft gesetzt. Das ist ungeheuerlich!

In Deutschland schufen mittlerweile ein Viertel aller Arbeitnehmer im Niedriglohnsektor, Tendenz steigend, es gibt immer mehr Flucht aus Tarifverträgen. Betriebsräte werden teilweise massiv gemobbt, die Bildung von Betriebsräten wird hintertrieben und mit üblen Methoden verhindert, dass man sich teilweise fragt, wo hier die Staatsanwaltschaften sind und die Arbeitsgerichte. Betriebsratsmobbing und Unionbusting haben sich mittlerweile zu einem lukrativen Geschäftsmodell für ganze Anwaltskanzleien und für solch dubiose Zeitgenossen à la Naujoks und Konsorten entwickelt. Alles Dinge, die ebenfalls aus Amerika zu uns gekommen sind, wo Arbeitnehmerrechte mit Füßen getreten werden. Es wäre Aufgabe der deutschen Regierung und der deutschen Gewerkschaften diesem Spuk ein Ende zu bereiten.

Bettina Angela Peipe

DIE LINKE

(Es gilt das gesprochene Wort!)

Nach dieser Rede gab es teilweise unsägliche Einlassungen von Seiten der Grünen, der SPD, der FDP, von Jürgen Hansen und der CDU, die in Teilen sogar inhaltlich verdrehend waren.

Daraufhin habe ich mich noch einmal zu Wort gemeldet, weil man so etwas so nicht stehen lassen kann, und dass, obwohl ich mich ursprünglich zu diesem Top gar nicht äußern wollte, weil er so harmlos daherkam. Unverhofft kommt oft!

Zweite Rede zu Top 5

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren,

ich frage mich zuweilen, ob hier überhaupt irgendjemand zuhört, wenn jemand sich zu Wort meldet oder, ob man nur hört, was man hören möchte.

Ich habe gerade - entgegen einiger Unterstellungen- nicht die Abschaffung der Mitbestimmung gefordert, sondern deren massive Ausweitung und gerade die Unverzichtbarkeit der Gewerkschaften in diesem Punkt unterstrichen. Das setzt aber voraus, dass sie Arbeitnehmerrechte verteidigen!

Es scheint mir, dass bei der gut situierten und saturierten Mittelschicht hier in diesem Gremium gewisse Entwicklungen in Deutschland nicht mehr zur Kenntnis genommen werden, und dass man sich nicht darüber im Klaren ist, was im deutschen Arbeitsrecht bereits erlaubt ist und durchexerziert wird und welche Methoden sich hier Bahn brechen. Das ist äußerst befremdlich!

Wir haben nicht nur ein Viertel aller Arbeitnehmer mittlerweile im Niedriglohnsektor, es gibt Leiharbeit, 1€-Jobs, wir haben immer mehr prekäre Beschäftigung, wir haben einen

Mindestlohn, von dem man nicht leben kann, wir haben es mit crowdworking zu tun, bei dem die Stundenlöhnen sich teilweise im Cent-Bereich bewegen. Industrie 4.0 bringt nicht nur Chancen, sondern massive Risiken, dazu hätte ich gern etwas gehört.

Es gibt mittlerweile Arbeitszeitmodelle zum Beispiel bei H&M, bei denen die Beschäftigten keine Stundenzahl mehr garantiert bekommen. Sie müssen zur Verfügung stehen, wissen aber nicht ob sie 5 oder 30 Stunden im Monat arbeiten werden oder, ob überhaupt. Das heißt, sie wissen damit auch nicht, wieviel Geld sie am Monatsende haben werden. Das ist moderne Sklaverei, das ist Ausbeutung in der schlimmsten Ausprägung und das in einem Sozialstaat!

Wer sich über derartige üble Machenschaften näher informieren möchte, dem seien die Bücher **Die Lastenträger** von Günter Wallraff und **Die Fertigmacher** von Dr. Werner Rügemer wärmstens ans Herz gelegt. Das Thema **Unionbusting** ist mittlerweile so brisant, dass die Otto Brenner Stiftung, die Stiftung der IG Metall, dazu ein Arbeitsheft von Dr. Werner Rügemer und Elmar Wiegand herausgebracht hat. Auch das lege ich ihnen ans Herz!

In den Erwiderungen ist, neben den üblichen Vorwürfen, dass ich hier Klassenkampf betriebe, darauf hingewiesen worden, dass wir ja nun leider die Globalisierung hätten und deswegen, sei man ja getrieben von der Entwicklung.

Ich glaube jedoch, dass das Wort **Globalisierung** mehr und mehr als Ausrede benutzt wird, um Arbeitnehmerrechte zu schleifen und Arbeitnehmer gefügig zu machen.

Es wurde darauf hingewiesen, dass „der Markt“ ja die Vorgaben mache. Der Markt sollte jedoch in einer Demokratie nicht die bestimmende Größe sein. Es ist Aufgabe des Staates, die Interessen seiner Bürger zu schützen. In einer Demokratie sollte das Primat der Politik herrschen, der Staat hat also die Regeln vorzugeben, denen die Wirtschaft sich zu unterwerfen hat, nicht umgekehrt! Nur der Staat ist demokratisch legitimiert, nicht der Markt.

Es wäre also in einem Sozialstaat - und das sind wir per definitionem- die vornehmste Aufgabe der Regierung und der Gewerkschaften hier klare Regeln zu setzen und einzufordern und die Interessen von Arbeitnehmern zu schützen. Ich hoffe, dass das in der Zukunft wieder stärker in den Fokus genommen wird!

Danke!

Bettina Angela Peipe

DIE LINKE

(Es gilt das gesprochene Wort)